



# Vorsicht! Lohndiebe

Teurer  
Vaterschafts-  
urlaub **NEIN**

Medienkonferenz 18. August 2020

**Referat Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse**

---

## **Nein zum untragbaren staatlichen Vaterschaftsurlaub**

Über allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge haben die Branchen bereits heute ein Instrument, um einen Vaterschaftsurlaub allgemeinverbindlich einzuführen. Auch Branchen mit tieferen Löhnen machen davon Gebrauch und haben einen Vaterschaftsurlaub eingeführt. Es braucht deshalb keinen gesetzlich geregelten Vaterschaftsurlaub. Ein solcher würde Bestimmungen in Gesamtarbeitsverträgen untergraben und die Sozialpartnerschaft schwächen. In der Schweiz handeln aber traditionell die Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen aus. Diese Sozialpartnerschaft garantiert seit über 100 Jahren den sozialen Frieden in der Schweiz. Der funktionierende Interessenausgleich ist ein Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft. Schliesslich verfügen die Sozialpartner im Gegensatz zum Staat über mehr branchenspezifische Kenntnisse. Ein staatlich verordneter Vaterschaftsurlaub schwächt diese Sozialpartnerschaft. Der Spielraum für Verhandlungen würde sich verkleinern und bestehende Bestimmungen in Gesamtarbeitsverträgen aushebeln. Die Bundesverfassung aber garantiert, dass der Staat nur dort in den Arbeitsmarkt eingreift, wo eine sozialpartnerschaftliche Lösung nicht möglich ist.

Das Gastgewerbe kennt seit anfangs der 80er-Jahre einen Vaterschaftsurlaub. Dieser beträgt heute eine Woche. Die Gewerkschaften haben angekündigt, dass sie alles daran setzen werden, die bestehenden freiwilligen Vaterschaftsurlaube über die neuen gesetzlichen Vorgaben hinaus beizubehalten. Dem Gastgewerbe drohen somit drei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Die Kosten für einen zwei- bzw. dreiwöchigen Vaterschaftsurlaub sind angesichts der drohenden Rezession und der allgemein steigenden Sozialkosten nicht tragbar. Wir befinden uns am Rand einer weltweiten Wirtschaftskrise. Mit Blick auf die unsichere Zukunft wäre es unverantwortlich, nun einen weiteren Ausbau des Sozialstaates voranzutreiben. Notabene steht uns so oder so bereits ein weiterer Anstieg der Sozialkosten bevor. Dazu tragen beispielsweise die BVG-Revision, die AHV-Reform, der Care-Urlaub, oder die Überbrückungsrente bei, um nur eine Auswahl zu nennen.

Das Gastgewerbe mit seinen 265'000 Mitarbeitenden kann einen zwei- bzw. dreiwöchigen Vaterschaftsurlaub nicht stemmen. Die Umsätze in der viertgrössten Branche der Schweiz sind stark eingebrochen. Rund ein Drittel des Jahresumsatzes ist verloren. Unser Ziel ist es, die Arbeitsplätze zu erhalten. Jeder weitere Anstieg der Sozialkosten trägt zum Abbau von Arbeitsplätzen bei. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Die Zeiten, in denen wir uns alles leisten konnten, sind definitiv vorbei.